

Der Solidarität mit Iran Taten folgen lassen: Verbrechen gegen die Menschlichkeit konsequent bekämpfen

Es waren mutige Frauen und Kurd*innen, die diese Proteste angestoßen haben. Doch längst haben sich viele weitere gesellschaftliche Gruppen landesweit angeschlossen, darunter viele Schüler*innen und Studierende. Es geht den Protestierenden schon lange nicht mehr bloß um den Kopftuchzwang. Es geht um den totalitären Staat als solchen, die systematische Diskriminierung ethnischer und weiterer Minderheiten, wirtschaftliche Verarmung breiter Gesellschaftsschichten und staatlich geförderte Umweltzerstörung. Das Regime der Islamischen Republik versucht die Proteste mit aller Gewalt zu unterdrücken und schreckt dabei auch vor der Ermordung von Kindern und Jugendlichen nicht zurück.

Namen wie Nika Shakarami, Hadis Najafi, Sarina Esmailzadeh und viele weitere sind zu traurigen Symbolen des Widerstands einer ganzen Generation geworden. Die Protestierenden wollen keine Reform des bestehenden Systems. Sie rufen auf den Straßen „Tod dem Diktator“ und „Nieder mit der Islamischen Republik“. Deutlicher kann es nicht sein: Sie wollen den Sturz des Regimes. Wir begrüßen es daher sehr, dass die Bundesregierung sich bereits zur Situation der Protestierenden im Iran geäußert hat. Doch dabei darf es nicht bleiben.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, sagt unser Grundgesetz. Und die Internationale Menschenrechtskonvention besagt, dass alle Menschen frei geboren sind. Die Menschen im Iran kämpfen in dieser Revolution genau um diese Freiheit und stehen dabei bewaffneten Streitkräften des Regimes unbewaffnet gegenüber. Diese Einheiten setzen scharfe Munition, Schlagstöcke und Tränengas gegen die Protestierenden ein. Hunderte sind bereits gestorben, Tausende inhaftiert. Am 2. Oktober gab es an der Sharif University, einer Elite-Universität in Teheran, ein Blutbad, nachdem die Studierenden von Polizei, Basidsch-Miliz und Revolutionsgarde eingekesselt wurden. Bis heute ist unklar, wie viele der Studierenden und Lehrkräfte tatsächlich starben und wie viele verschleppt wurden.

Der staatliche Angriff auf die Sharif Universität ist nur ein Beispiel von vielen Gräueltaten der Islamischen Republik in den vergangenen vier Wochen. In der Stadt Zahedan in der östlichen Provinz Sistan und Belutschistan hat das Regime ein Massaker veranlasst und sogar aus Flugzeugen auf unbewaffnete Menschen geschossen. Die 16-jährige Nika Shakarami wurde von der iranischen Polizei so dermaßen misshandelt, dass man der

Familie tagelang die Übergabe des Leichnams vorenthalten hat und diesen später sogar entwendet und heimlich begraben hat. Die Familien der Ermordeten werden außerdem massiv unter Druck gesetzt, damit diese Verbrechen nicht an die Öffentlichkeit kommen. Sogar trauernde Angehörige werden inhaftiert. Die Liste der Verbrechen, die vom islamistischen Regime im Iran derzeit begangen wird, könnte schier endlos weitergeführt werden.

Es ist deshalb wichtig, die Anhänger*innen der Armee der Wächter der Islamischen Revolution insbesondere in Deutschland weiterhin genau zu beobachten und mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu verfolgen. Wir wollen, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausnahmslos verfolgt werden. Gerade auch Finanzierungswege, wie Geldwäsche oder die Aufdeckung illegaler Finanzierungsquellen aus Deutschland oder der Europäischen Union, müssen aufgedeckt und konsequent verhindert werden.

Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die den Einfluss der Armee der Wächter der Islamischen Revolution in der Region und insbesondere in Syrien, Jemen und Irak zurückdrängen. Wir befürworten ein Betätigungsverbot für die Armee der Wächter der Islamischen Revolution in Deutschland. Wir unterstützen auch die Aufnahme der Armee der Wächter der Islamischen Revolution in die EU-Terrorliste und das Verhindern von Zugang zu Technologie, die der Machtausübung des Regimes dient. Wir befürworten zudem die EU-weiten Sanktionen gegen einflussreiche Führungspersonen und Offizier*innen der Armee der Wächter der Islamischen Revolution. Allgemein halten wir Lösungen auf EU-Ebene für die effektivsten.

Die Revolution im Iran braucht unsere Aufmerksamkeit. Doch das Regime tut alles in seiner Machtstehende, um den Zugang zum Internet zu restringieren. Die Protestierenden brauchen Zugang zu Informations- und Kommunikationswegen, um kommunizieren zu können und ihre Forderungen und ihren Mut in die Welt hinauszutragen. Wir stellen uns an ihre Seite und wollen ihre Stimmen verstärken. Dazu müssen wir als EU, uns zur Verfügung stehende technologische Mittel einsetzen.

Für uns ist klar: Wir solidarisieren uns mit den friedlichen Demonstrant*innen in Iran und ihren gewaltfreien Kampf für Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie. Das bedeutet auch, dass wir einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran fordern. Das iranische Regime schreckt nicht vor Gewalt zurück und insbesondere Frauen und queere Personen sind großer Gefahr ausgesetzt. Sie haben ein Recht auf Asyl und ein Leben in Sicherheit.

Niedersachsen geht hier mit gutem Beispiel voran und führt keine weiteren Abschiebungen mehr durch. Bayern sollte hier folgen.

Was die Situation im Iran zeigt: Feministische Außenpolitik ist das Gebot der Stunde. Die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen sollten im Mittelpunkt der Außenpolitik stehen.